

Beschluss (vorläufig) Kapitel 1: Berlin bleibt lebenswert

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	14.02.2026
Tagesordnungspunkt:	3. Kapitel 1 des Landeswahlprogramms (Klimaschutz, Wärme, Energie, Stadtnatur, Umwelt, Tierschutz, Ernährung, Verbraucher*innenschutz, Sport)

1 Berlin ist unsere gemeinsame Lebensgrundlage: Großstadt, Naturraum und Zuhause zugleich. Wie
2 wir mit ihr umgehen, entscheidet darüber, ob Berlin auch in Zukunft lebenswert bleibt.
3 Umwelt- und Klimaschutz gehören für uns untrennbar mit sozialer Gerechtigkeit und
4 wirtschaftlicher Nachhaltigkeit zusammen. Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin
5 widerstandsfähig gegenüber den Folgen der Klimakrise wird und seinen Beitrag zum Erreichen
6 der Pariser Klimaziele leistet: mit konsequentem Klimaschutz, sauberer Energie und einer
7 Stadtentwicklung, die Mensch und Natur gleichermaßen schützt. Dabei sind Klimaschutz und
8 Klimaanpassung für uns ein elementarer Baustein einer resilienten Stadt, in der ein gutes
9 Leben für alle möglich ist.

10 Deshalb ist es umso fataler, dass die Rückschrittskoalition aus CDU und SPD mit ihrer
11 Haushaltspolitik und falschen Prioritätensetzung dafür sorgt, dass die Klimaziele 2030 nicht
12 mehr zu halten sind, und so faktisch das Ziel, Berlin 2045 klimaneutral zu machen, stark
13 gefährdet. Das geht gegen die Interessen der Bevölkerung, denn die Stadtnatur ist den
14 Berliner*innen wichtig. Dies hat zuletzt die Initiative „Baumentscheid“ gezeigt. Es kann
15 nicht sein, dass es erst, eine starke Zivilbevölkerung braucht, um Umwelt- und Klimaschutz
16 in Berlin durchzusetzen; dies sind Aufgaben, die der Senat selbst in die Hand nehmen muss:
17 es braucht endlich wieder eine Landesregierung, die hier die richtigen Prioritäten setzt!
18 Berlin muss sich ein Vorbild an Hamburg nehmen, das nun schon 2040 klimaneutral sein will.
19 In Regierungsverantwortung werden wir den Fahrplan zur Klimaneutralität und -anpassung auf
20 solide Beine stellen und Prioritäten setzen, um die Ziele schnellstmöglich zu erreichen.

21 Klima- und Umweltpolitik ist für uns Zukunftspolitik, sondern wirkt konkret im Hier und
22 Jetzt: Sie sichert die Lebensqualität, schützt Gesundheit, schafft neue Chancen - und sie
23 ist für uns auch Gerechtigkeitspolitik. Menschen mit niedrigem Einkommen, Frauen und ältere
24 Menschen spüren in unserer Stadt die ökologischen Folgen am stärksten, obwohl sie deutlich
25 weniger CO₂ verursachen. Deshalb müssen Klimaschutzmaßnahmen dort ansetzen, wo die Belastung
26 am größten ist. Die Klimakrise ist eine Gerechtigkeitskrise. In Berlin wollen wir Menschen,
27 die staatliche Transferleistungen erhalten, unbürokratisch dabei unterstützen, Förderungen
28 wie für Balkonkraftwerke zu nutzen. Wir wollen, dass Berlin als klimaneutrale, soziale
29 Metropole Vorreiterin wird, mit einer Energieversorgung, die sicher, 100 % erneuerbar und
30 bezahlbar ist, mit Stadtgrün, das kühlt und Orte der Erholung schafft, und mit Wasser, das
31 in der Stadt gehalten und sorgsam genutzt wird. Berlin soll zeigen, dass mehr Klimaschutz
32 auch mehr qualitativer Wohlstand bedeutet und Voraussetzung für das urbane Leben der Zukunft
33 ist. Investitionen in erneuerbare Energien sind Zukunftsinvestitionen: Sie sorgen für
34 Preisstabilität und schaffen die Voraussetzung für die Unabhängigkeit von fossilen
35 Brennstoffen. Sie sichern die Freiheit, denn fossile Brennstoffe können vorwiegend von
36 autoritär regierten Staaten bezogen werden.

37 Klimaschutz endet nicht an der Stadtgrenze und nicht an der Wohnungstür. Er betrifft unseren
38 Alltag: Es geht um saubere Luft, weniger Lärm, den Erhalt der Biodiversität, gesunde
39 Ernährung, wirksamen Tierschutz und faire Produktionsbedingungen. Wir wollen eine Stadt, die
40 Verantwortung übernimmt: für die Menschen, die hier leben, und für die, die unter den Folgen
41 unseres Handelns weltweit leiden. Unsere Umwelt- und Klimapolitik ist dabei nicht nur
42 Zukunftspolitik, sondern leistet einen Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit. Wir setzen auf

43 Kreislaufwirtschaft statt Verschwendung, auf Zusammenarbeit statt Konkurrenz, auf Gemeinwohl
44 statt Profitdenken. So gestalten wir ein Berlin, das klimafest, gerecht und lebenswert
45 bleibt, für uns und für kommende Generationen.

46 1.1. Gerechte Wärmewende – Klimaschutz stärken

47 Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin Vorbild für konsequenten und sozial gerechten
48 Klimaschutz wird und seinen Beitrag zu den Pariser Klimazielen leistet. Mit verbindlichen
49 Zielen und klaren Zuständigkeiten machen wir Klimaschutz zur zentralen Aufgabe und bringen
50 Berlin zurück auf den Weg zur Klimaneutralität bis 2040. Dafür werden wir Grüne das Berliner
51 Energie- und Klimaschutzprogramm wieder mit Leben füllen und unter Einbeziehung der
52 Empfehlungen des Klimabürger*innenrates zügig verabschieden. Entscheidend für das Erreichen
53 der Klimaziele ist neben der Verkehrs- eine erfolgreiche Wärmewende – sie ist das Fundament
54 und zugleich eine der größten ökosozialen und ökonomischen Zukunftsaufgaben unserer Stadt.
55 Nur mit konsequenter Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes, der Stromversorgung und der
56 perspektivisch geplanten Stilllegung des Gasnetzes sowie einer sozial gerechten
57 Energiepolitik bleibt Wärme bezahlbar und Berlin zukunftsfähig. Die Erreichung der
58 Klimaziele erfordert ein systematisches und koordiniertes Vorgehen, das Klima konsequent zur
59 Querschnittsaufgabe für den Senat macht. Wir wollen deshalb einen Klima-Check für alle
60 Gesetze und Maßnahmen, damit Klimaschutz in allen Politikfeldern entscheidungsrelevant ist.
61 Und geltendes Recht muss endlich umgesetzt werden: wenn die Vorgaben des Berliner
62 Klimaschutzgesetzes nicht eingehalten werden, müssen zwingend Maßnahmenprogramme erarbeitet
63 und umgesetzt werden.

64 Potenziale der Wärmewende endlich nutzen

65 Derzeit ist Berlin noch immer stark von fossilen Energieträgern abhängig und nutzt die
66 Potenziale erneuerbarer Wärmequellen bisher kaum. Abwärme aus Industrie, Gewerbe und
67 Rechenzentren, Wärme aus Abwasser oder Gewässer und Geothermie bleiben weitgehend
68 unerschlossen. Rund 90 Prozent der Berliner Fernwärme stammen weiterhin aus Erdgas- und
69 Steinkohlekraftwerken, und im Wohnungsbereich entfallen nur etwa sechs Prozent der
70 Wärmeerzeugung auf erneuerbare Energien. Um klimaneutral zu werden, müssen die Wärmenetze
71 konsequent und beschleunigt auf erneuerbare Quellen umgestellt werden. Gleichzeitig muss die
72 Energieeffizienz vorrangig bei den energetisch schlechtesten Gebäuden gesteigert und
73 insbesondere die Sanierungsquote deutlich erhöht werden. Dadurch sollen Mietende vor
74 fossilen Kostenfallen geschützt werden.

75 Für die erfolgreiche Umsetzung der ab 2026 vorliegenden Wärmeplanung müssen Strukturen
76 geschaffen, Hemmnisse beseitigt und Förderinstrumente gestärkt werden. Die Bezirksämter
77 müssen zu handlungsfähigen Steuerungsebenen werden, die Wärmeplanung und Quartierslösungen
78 vor Ort wirksam umsetzen. Wir wollen auf bezirklicher Ebene Wärmewende-Manager*innen als
79 "Kümmerer" für die Quartierswärme finanziell absichern. Um Nahwärmeprojekte zu ermöglichen,
80 sollen die Bezirke, das Land Berlin und der Bund ihre Liegenschaften im Einzugsgebiet der
81 Netze als Ankerkunden einbringen.

82 Neben klassischer Fernwärme sind neue Nahwärmenetze eine sehr effiziente Möglichkeit,
83 erneuerbare Energien und Abwärme zu nutzen und Quartiere gemeinschaftlich klimaneutral zu
84 versorgen. Dabei wollen wir Grüne Nahwärmegenossenschaften gezielt fördern, um eine
85 bürger*innennahe und sozial gerechte Energiewende zu stärken. Die Unterstützung soll sowohl
86 Gründungs- als auch Investitionsförderung umfassen. Wir werden die abgeschaffte
87 Servicestelle energetische Quartierssanierung wieder einrichten, welche auch die Chancen der
88 auf Bundesebene wieder eingeführten energetischen Stadtsanierung optimal bündelt.

89 Mit ergänzenden Förderprogrammen wollen wir den Ausbau von Wärmepumpen vorantreiben –
90 besonders dort, wo sie die beste Lösung sind: in Gebieten mit Ein- und Zweifamilienhäusern.
91 Die Förderung des Einbaus von Wärmepumpen wird von der Bundesregierung zur Debatte gestellt.
92 Um Investitionssicherheit zu bieten, müssen unsere Landesförderungen die bestehenden
93 Programme möglichst ergänzen und Lücken auffangen. Wer weder einen Eigenanteil noch die
94 Vorfinanzierung der KfW leisten kann, darf nicht in der fossilen Kostenfalle hängen bleiben.
95 Wir wollen eigene Förderprogramme bieten, die die Förderung umdrehen: statt Geld
96 vorzustrecken, zahlt direkt das Land. Wir bauen zudem die Förderung aus, dass sie z.B. auch
97 für ein bezuschusstes Heizungs-Leasing-Programm oder für Wärme-Contracting-Modelle genutzt
98 werden kann. So können alle bei der energetischen Sanierung und beim Heizungstausch
99 mitmachen, die lieber überschaubare monatliche Raten zahlen anstatt eine größere Investition
100 vorzufinanzieren. Wir prüfen, wie wir Haushalte mit geringem Einkommen direkter unterstützen
101 können, beispielsweise indem Kosten direkt übernommen und nicht erst von den
102 Eigentümer*innen vorgestreckt werden müssen.

103 Durch ein gutes Angebot an Unterstützungsleistungen wie Beratung und ergänzende Förderung,
104 insbesondere für Haushalte mit geringem Einkommen, wollen wir den Ausbau von Wärmepumpen
105 vorantreiben – in Ein- und Zweifamilienhäusern, aber auch in Mehrfamilienhäusern, wo die
106 technischen Voraussetzungen gegeben sind. Kostenfreie und unabhängige Beratungsangebote wie
107 BAUinfo Berlin werden wir als zentrale Anlaufstelle aufbauen und dauerhaft sichern.

108 Die Nutzung von oberflächennaher Geothermie wollen wir erleichtern, Bohrungen auch im
109 öffentlichen Straßenraum ermöglichen und die Aufhebung der Tiefenbegrenzung geothermischer
110 Bohrungen von 100 Metern beibehalten.

111 Klimaneutrale Wärmeversorgung konsequent verwirklichen

112 In den Fernwärmegebieten sind die Betreiber*innen verpflichtet, bis 2045 klimaneutral zu
113 werden – doch die bisherigen Dekarbonisierungspläne genügen diesem Anspruch nicht. Gerade
114 bei der rekommunalisierten Fernwärme hat Berlin die Verantwortung, die Wärmeversorgung
115 konsequent klimaneutral und bezahlbar zu gestalten. Wir lehnen die Verbrennung von Holz in
116 Holzheizkraftwerken ab, da sie in der Realität nicht klimaneutral ist. Aufgrund des enormen
117 Holzbedarfs würde das zudem zu einer Plünderung der Wälder aus unserer Region oder anderen
118 Waldgebieten führen. Auch die geplante Müllverbrennung am Standort Klingenberg ist mit den
119 Zero-Waste-Zielen nicht vereinbar und soll daher reduziert werden. Da grüner Wasserstoff auf
120 absehbare Zeit weder in der erforderlichen Menge noch zu kalkulierbaren Preisen zur
121 Verfügung stehen wird, kommt er für uns in der Wärmeversorgung nicht infrage. Wir werden
122 dafür sorgen, dass die landeseigene Berlin Energie und Wärme GmbH (BEW) in wirklich
123 klimaneutrale Wärmetechnologien investiert und nicht in teure und fossile Sackgassen. Dabei
124 setzen wir insbesondere auf die Nutzung lokal verfügbarer Wärmequellen und effizienter
125 Technologien wie Großwärmepumpen, Tiefengeothermie und Abwärmenutzung wie z. B. aus
126 Datacentern oder dem Abwasser. Die Dekarbonisierung der Fernwärme soll eine klare Priorität
127 vor der Netzerweiterung haben. Die Preisgestaltung der BEW muss transparent sein. Moderne
128 Systeme zur Steuerung von Heizungssystemen senken mit geringem Aufwand Energieverbrauch und
129 Heizkosten. Wir setzen uns für ihren flächendeckenden Einsatz in öffentlichen Gebäuden und
130 bei landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften ein.

131 Nach der Rekommunalisierung der Fernwärme ist es unser Ziel, die BEW weiter zu
132 demokratisieren. Wir sind davon überzeugt, dass wir die sozialgerechte Wärmewende vor allem
133 dann schaffen, wenn Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven sich daran beteiligen
134 können. Wir wollen deshalb Formen der effektiven und verbindlichen Beteiligung etablieren,

135 die Beschäftigte der BEW, die Berliner Zivilgesellschaft und die Kund*innen aktiv an der
136 Transformation der BEW miteinbezieht.

137 Das Erdgasverteilnetz ist nicht sinnvoll dekarbonisierbar und wird in großen Teilen mittel-
138 bis langfristig nicht mehr gebraucht. Nur dort, wo Industrie- und Gewerbestandorte versorgt
139 werden müssen, die anders nicht klimaneutral werden können, unterstützen wir den teilweisen
140 Umbau des bestehenden Gasnetzes zu einem Wasserstoffnetz mit grünem Wasserstoff.
141 Überflüssige Netzabschnitte sollen schrittweise und sozialverträglich stillgelegt werden.
142 Endkund*innen haben das Recht auf frühzeitige Information und müssen in die
143 Stilllegungsprozesse einbezogen werden. Während der Stilllegung müssen sie vor steigenden
144 Netzkosten geschützt werden. Wir lassen niemanden in der immer teurer werdenden fossilen
145 Abhängigkeit zurück.

146 Wir setzen uns für eine perspektivische Stilllegung des Erdgasnetzes ein und werden dazu mit
147 der GASAG ins Gespräch gehen. Wir bemühen uns deswegen bei der GASAG, dass ihre 25 Prozent
148 Anteilseignerschaft an die Berliner Energieagentur (BEA) überführt werden. Die
149 rekommunalisierte BEA soll im Auftrag des Landes Berlin öffentliche und private Akteure
150 unabhängig mit dem Zielen der Energiewende und der Dekarbonisierung der
151 Energieinfrastrukturen beraten.

152 Die Steigerung der Energieeffizienz ist ein zentraler Baustein der Wärmewende. Gerade bei
153 der energetischen Sanierung müssen wir Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit
154 zusammenbringen: Niemand darf dadurch verdrängt werden. Zugleich muss die Sanierungsquote
155 deutlich steigen. Dafür werden wir Grüne das Förderprogramm „Effiziente GebäudePLUS“
156 wiederbeleben und ein Stufenmodell einführen, das Eigentümer*innen verpflichtet, bei den
157 energetisch schlechtesten Gebäuden zu beginnen und Umlagen auf die Miete stärker deckelt.
158 Ziel ist eine faire Kostenverteilung zwischen Vermieter*innen, öffentlicher Hand und
159 Mieter*innen anstelle der bisherigen Modernisierungsumlage, die keine Garantie für
160 Einsparungen ist. Auf Landesebene prüfen wir zusätzliche Entlastungen für Mieter*innen bei
161 Sanierungsmaßnahmen. Mieter*innen in unsanierten Häusern dürfen nicht den Kostensteigerungen
162 fossiler Brennstoffe ungeschützt ausgesetzt werden. Das Land Berlin soll insbesondere in
163 Milieuschutzgebieten ambitionierte Sanierungen fördern und Gebäudeeigentümer entsprechend
164 beraten. In allen Stadtbezirken werden wir eine starke und unabhängige Energieberatung
165 einführen, die für alle Haushalte mit niedrigem Einkommen kostenfrei ist. Energetische
166 Sanierungen wollen wir unter der Maßgabe gestalten, dass Warmmietenneutralität bei sparsamer
167 Energienutzung möglich ist. Als Folge der sich verschärfenden Klimakrise wird die Kühlung von
168 Gebäuden immer wichtiger. Anstelle der meist üblichen Klimaanlage mit ihrem hohen
169 Stromverbrauch setzen wir uns für klimafreundliche Lüftungstechniken und eine stromsparende
170 und gesunde Verdunstungskühlung ein. In allen öffentlichen Einrichtungen werden wir dem
171 Vorrang geben.

172 1.2. Stromwende für Berlin – erneuerbar und sozial

173 Wir Bündnisgrüne wollen, dass die Stadt eine klimaneutrale, sichere und sozial gerechte
174 Energieversorgung erhält. Erneuerbare Energiequellen müssen konsequent ausgebaut werden,
175 damit alle Berliner*innen von der Energiewende profitieren – durch saubere Energie, faire
176 Preise und echte Beteiligungsmöglichkeiten. Unser Ziel ist es, möglichst viel des Berliner
177 Stroms aus Solarenergie zu gewinnen und unseren Beitrag zum Windenergieausbau zu leisten.
178 Mit verbindlichen Ausbauplänen, gezielter Förderung und einer sozial gerechten Gestaltung
179 stellen wir sicher, dass die Energiewende allen zugutekommt – unabhängig davon, ob Menschen
180 Eigentümer*innen oder Mieter*innen sind.

181 Mehr Solaranlagen auf die Dächer und Balkone bringen

182 Berlin hat in den letzten Jahren bewiesen, dass wir bei der Energiewende vorankommen können.
183 Entscheidenden Anteil daran hatten die richtigen Weichenstellungen unter grüner
184 Regierungsbeteiligung. Mit dem Berliner Solargesetz und dem Masterplan Solarcity hat der
185 Ausbau der Photovoltaik endlich Fahrt aufgenommen. Trotzdem schreitet er noch immer zu
186 langsam voran. Obwohl eine gesetzliche Solarpflicht besteht, ist die konsequente
187 Solarnutzung, insbesondere öffentlicher Gebäude, noch immer in weiter Ferne, viele geeignete
188 Dachflächen bleiben ungenutzt. Auch Mieter*innenstrommodelle erreichen trotz der Bemühungen
189 der Berliner Stadtwerke bislang nur wenige Haushalte. Berliner*innen, die mit
190 Balkonsolaranlagen ihren Beitrag leisten wollen, werden von Vermieter*innen noch immer zu
191 oft unnötig und unverhältnismäßig ausgebremst.

192 Ein entscheidender Baustein beim Solarausbau ist die Nutzung der Dächer öffentlicher Gebäude
193 für Solarenergie. Um dies sicherzustellen, setzen wir auf einen transparenten Umsetzungsplan
194 mit klaren Prioritäten, Zeitplänen und überprüfbaren Ausbauzielen. Wir stärken die Bezirke
195 und statten sie mit den nötigen Ressourcen aus, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können. So
196 sorgen wir für Verbindlichkeit, Tempo und Transparenz beim Solarausbau. Neben alternativen
197 Nutzungskonzepten sollen versiegelte Flächen wie Parkplätze auch für die Gewinnung von
198 Solarenergie erschlossen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass alle öffentlichen Gebäude –
199 soweit technisch möglich – bis 2030 mit Solaranlagen ausgestattet sind.

200 Auch Mieter*innen sollen direkt von der Energiewende profitieren. Deshalb vereinfachen und
201 vereinheitlichen wir die Genehmigungsprozesse für Balkonsolaranlagen in den Landeseigenen
202 Wohnungsunternehmen. Wir wollen Mieter*innenstrom bzw. die Gemeinschaftliche
203 Gebäudeversorgung zum Standard machen, indem wir für vereinfachte Verfahren eintreten, die
204 Förderung auch für kleine Dächer ausweiten und die Vorbildrolle der Landeseigenen
205 Wohnungsunternehmen stärken. Um das Potenzial von Solaranlagen vollständig ausschöpfen zu
206 können, fördern wir zudem auch für Balkonkraftwerke die Ergänzung durch Batteriespeicher.
207 Genossenschaften und Quartierslösungen fördern wir und binden wir ein, damit alle
208 Bewohner*innen von günstigem Solarstrom profitieren. Über die landeseigene Stromnetz Berlin
209 werden wir den Smart Meter Rollout beschleunigen. Dadurch können mehr und mehr Haushalte und
210 Gewerbe von variablen Stromtarifen profitieren. Die Digitalisierung der Netze treiben wir
211 konsequent voran, um die Kosten des Netzausbaus zu senken.

212 Unser Anspruch ist es, alle Potenziale auszuschöpfen und den Anteil von Solarenergie am
213 Berliner Strommix deutlich zu erhöhen. Dafür wollen wir das Förderprogramm SolarPLUS stärken
214 und Klimaschutz stärker gegenüber dem Denkmalschutz gewichten. Auch bauen wir das
215 SolarZentrum Berlin weiter aus und entwickeln es zu einer zentralen Anlaufstelle für
216 Beratung, Unterstützung und Koordination zum Thema Solarausbau.

217 Urbane Windkraftpotenziale erschließen

218 Neben der Solarenergie wollen wir Grüne auch Windkraft konsequent nutzen. Dafür weisen wir
219 nach bundesgesetzlichen Vorgaben Windenergiegebiete aus. Wir konzentrieren uns dabei auf
220 Flächen, die die Errichtung mehrerer Anlagen ermöglichen und ökologisch vertretbar sind wie
221 z.B. auf bereits versiegelten Gewerbe- und Industrieflächen - solange die vorgegebenen
222 Abstände zu Wohngebieten eingehalten werden. Berlins Wälder haben eine Schutz- und
223 Erholungsfunktion und befinden sich im Prozess einer naturnahen Umgestaltung. Deshalb wollen
224 wir in der Regel Gewerbe- und Industrieflächen für Windenergieprojekte nutzen. Um Konflikte
225 mit Natur- und Umweltschutz von vornherein zu minimieren, etablieren wir Runde Tische mit
226 allen relevanten Akteur*innen unter Einbeziehung der Menschen vor Ort. Von den

227 resultierenden Einnahmen sollen Anwohner*innen z.B. über gemeinschaftliche Betriebsmodelle
228 profitieren. Wir wollen auch innovative Windenergieprojekte fördern und Pilotprojekte für
229 Kleinwindräder auf Hochhäusern unterstützen, die ebenso wie Balkonsolaranlagen zur
230 Energiewende beitragen können.

231 Energieverbrauch senken und schneller klimaneutral werden

232 Klimaneutralität erreichen wir nur, wenn wir zugleich sorgsam, effizient und sparsam Energie
233 nutzen. Wir wollen daher das bereits erfolgreich erprobte Modell des Energiespar-Contracting
234 ausbauen und in möglichst allen öffentlichen Einrichtungen neu durchführen. Zugleich wollen
235 wir ein Kooperationsnetz mit Unternehmen bilden, um Energieeinsparungen in Betrieben u.a.
236 durch Energieaudits zu ermitteln und auch zu realisieren.

237 1.3. Klimafeste Stadtnatur – für lebenswerte Orte

238 Berlin ist eine der grünen Großstädte Europas. Die Stadtnatur reicht von großen
239 Schutzgebieten und Wäldern über Parks, Kleingärten und Friedhöfe bis hin zu grünen
240 Innenhöfen und Stadtbäumen. Zahlreiche Seen, Flüsse und Kanäle prägen das Stadtbild, kühlen
241 die Umgebung und machen Berlin lebenswerter. Doch all diese natürlichen Lebensgrundlagen
242 stehen unter Druck. Die Klimakrise verändert Berlin schon heute spürbar – sie trifft zwar
243 nicht alle gleich, doch sie betrifft uns alle. Hitze, Trockenheit, Stürme und Starkregen
244 nehmen zu und belasten unsere Stadt. All das gefährdet Menschen, Tiere und die Stadtnatur
245 gleichermaßen. Besonders in dicht bebauten und sozial benachteiligten Kiezen oder Siedlungen
246 mit wenig Grün sind Umwelt- und Hitzebelastungen oft deutlich höher. Dort wird Hitze schnell
247 zu einer ersten Gesundheitsgefahr – für Menschen ebenso wie für Tiere.

248 Die Klimakrise wirft hier v.a. auch Fragen der Umweltgerechtigkeit auf, denn Menschen mit
249 geringem Einkommen tragen in der Regel deutlich weniger zu der Klimakrise bei, sind aber
250 überdurchschnittlich davon betroffen, auch im Falle von Hitzewellen, die für von Armut
251 betroffene Menschen immer mehr zur Lebensgefahr werden. Gleichzeitig haben sie noch immer
252 einen vergleichsweise schlechteren Zugang zum Gesundheitssystem. Hitze, Trockenheit, Stürme
253 und Starkregen nehmen zu und belasten unsere Stadt. All das gefährdet Menschen, Tiere und
254 die Stadtnatur gleichermaßen. Und doch sind nicht alle Menschen gleichermaßen betroffen. Die
255 Klimakrise wirft auch Fragen der Umweltgerechtigkeit auf: Denn in besonders dicht bebauten
256 und sozial benachteiligten Kiezen oder Siedlungen mit wenig Grün sind Umwelt- und
257 Hitzebelastungen oft deutlich höher. Dort wird Hitze schnell zu einer ersten
258 Gesundheitsgefahr. Auch Menschen in Gemeinschaftsunterkünften, ohne sicheren Wohnraum oder
259 in beengten Wohnverhältnissen trifft die Klimakrise härter. Und das, obwohl Menschen mit
260 geringem Einkommen weniger zur Klimakrise beitragen. Besonders in dicht bebauten und sozial
261 benachteiligten Kiezen mit wenig Grün sind Umwelt- und Hitzebelastungen oft deutlich höher.
262 Dort wird Hitze schnell zu einer ersten Gesundheitsgefahr – für Menschen ebenso wie für
263 Tiere.

264 Wir Bündnisgrüne wollen Berlin klimafest und zukunftsfähig gestalten. Unser Ziel ist eine
265 Stadt, die sich an die Folgen der Klimakrise anpasst, natürliche Ressourcen schützt und
266 Umweltgerechtigkeit herstellt. Alle Berliner*innen – unabhängig von Wohnort und Einkommen –
267 sollen Zugang zu gut gepflegten Parks, kühlenden Grünflächen und grünen Erholungsräumen
268 haben. Umweltpolitik ist für uns immer auch Sozialpolitik. Deshalb werden wir bei
269 Hitzeentlastung und Grüngestaltung besonderes Augenmerk auf die Kieze legen, wo viele
270 geringverdienende und benachteiligte Haushalte leben. Andere Städte wie Wien oder Paris
271 zeigen, wie Entsiegelung, Begrünung und kluge Stadtplanung die Lebensqualität erhöhen und
272 Hitzebelastungen senken können. Berlin darf hier nicht länger hinterherhinken. Das Berliner

273 Klimaanpassungsgesetz werden wir deshalb ambitioniert und integriert mit dem Berliner
274 Mobilitätsgesetz umsetzen. Die Integration der verschiedenen Nutzungen des öffentlichen
275 Raums wollen wir auch organisatorisch zwischen den zuständigen Stellen verbessern.

276 Die Stadt für Mensch und Natur denken

277 Mit kurzfristig wirksamen Hitzeschutzmaßnahmen werden wir Grüne besonders betroffene
278 Quartiere gezielt entlasten – etwa durch Sonnensegel über Spiel- und Hundelaufplätzen,
279 die Öffnung öffentlicher, klimatisierter Gebäude an heißen Tagen, durch deutlich mehr
280 Trinkwasserbrunnen sowie zusätzliche Trinkmöglichkeiten für Haus- und Wildtiere. In
281 besonders belasteten Quartieren schaffen wir Klimainseln, die mit Schatten, Wasser und
282 Sitzgelegenheiten für sofortige Abkühlung sorgen. Doch klar ist: Kurzfristige Hilfe allein
283 genügt nicht. Wir brauchen einen langfristigen Umbau der Stadt, um sie besser an Hitze,
284 Starkregen und andere Folgen der Klimakrise anzupassen. Wir wollen den Berliner
285 Hitzeaktionsplan jährlich evaluieren und weiterentwickeln. Hierfür braucht es ausreichende
286 Ressourcen und klar geregelte Zuständigkeiten.

287 Wir werden die Entsiegelung deutlich voranbringen und die Stadt begrünen – insbesondere
288 dort, wo es bislang wenig Grün gibt. Berlin braucht ein umfassendes Entsiegelungsprogramm
289 mit dem Ziel, eine Netto-Null-Versiegelung so schnell wie möglich zu erreichen. Deshalb
290 müssen wir jedes Jahr den relativen Anteil an Entsiegelung öffentlicher Flächen deutlich
291 weiter steigern. Überdimensionierte Verkehrsflächen, Außenanlagen von kommunalen
292 Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäusern oder versiegelte Hinterhöfe wollen wir
293 systematisch untersuchen, um geeignete Potenziale für Entsiegelungen zu ermitteln und zu
294 priorisieren. Mit mehr Bäumen, Pocket Parks und Tiny Forests, Rank- und Kletterpflanzen,
295 entsiegelten öffentlichen Plätzen, kühlen Oasen und neuen Grünverbindungen schaffen wir
296 vielfältige Lebensräume für Menschen und Tiere und verbessern spürbar das Stadtklima. Damit
297 wollen wir nicht nur mehr Natur, sondern durch insekten-, vogel- und käferfreundliche
298 Bepflanzung auch mehr Vielfalt in der Natur schaffen. Während der CDU-geführte Senat
299 Baumpflanzungen großspurig ankündigt, setzen wir uns das ambitionierte Ziel, nicht nur eine
300 Million neuer Bäume zu pflanzen, sondern auch dafür zu sorgen, dass Pflege und Unterhalt der
301 Bäume finanziell abgesichert sind. Dazu gehört auch, dass die Baumpflegebudgets erhöht
302 werden. Wir unterstützen das von der Initiative BaumEntscheid eingebrachte und vom
303 Abgeordnetenhaus beschlossene Gesetz und werden für die Umsetzung sorgen.

304 Berlin muss zur Schwammstadt werden: Wir halten Regenwasser in der Stadt, statt es in die
305 überforderte Kanalisation zu leiten – durch Entsiegelung und begrünte Dächer, Regengärten,
306 Versickerungstreifen, auch um Gullys herum (sogenannte grüne Gullys), und Regentonnen. So
307 kühlen wir die Stadt, stärken die Grundwasserneubildung, bewässern das Stadtgrün und
308 schützen unsere Gewässer. Die Berliner Regenwasseragentur ist zentral für ein grüneres,
309 klimaresilientes Berlin. Sie muss ausgebaut, finanziell gestärkt und strukturell
310 weiterentwickelt werden, um dezentrales Regenwassermanagement effektiver zu koordinieren,
311 eigene Projekte umzusetzen und innovative Wassermanagement-Maßnahmen zu fördern. Ziel ist,
312 Regenwasser nachhaltig für Natur und Menschen in Neubau und Bestand nutzbar zu machen.

313 Stadtgrün erhalten und pflegen

314 Wir werden dafür sorgen, dass bestehende Grünflächen dauerhaft gesichert und klimaresilient,
315 bevorzugt mit heimischen Arten, gestaltet werden – und dass neue entstehen.
316 Kaltluftschneisen sollen erhalten und, wo möglich, ausgebaut werden – damit Berlin auch in
317 Zukunft durchatmen kann. Das Tempelhofer Feld, mit seiner herausragenden Bedeutung für das

318 Stadtklima und seiner Funktion als wichtige Kaltluftquelle, Lebensraum zahlreicher Pflanzen-
319 und Tierarten sowie einzigartiger Erholungsort, soll weiterhin geschützt bleiben.

320 Auch Kleingärten sind in der wachsenden Stadt unverzichtbar. Wir Grüne wollen sie erhalten,
321 klimaresilient und naturfreundlich gestalten und besser schützen. Damit alle Berliner*innen
322 profitieren, sollen sich Kleingartenanlagen weiter für die Stadtgesellschaft öffnen und für
323 gemeinschaftliches Gärtnern, Klimaschutzprojekte und Umweltbildung nutzbar gemacht werden.

324 Die Pflege des Stadtgrüns wollen wir konsequent ausbauen. Dafür stärken wir die Straßen- und
325 Grünflächenämter in den Bezirken mit zweckgebundenen Mitteln, damit sie ihre zentrale
326 Aufgabe in der Pflege von Grünflächen und Bäumen erfüllen können. Die Finanzierung des
327 Unterhalts der Grünanlagen passen wir schrittweise an die realen Kosten an und nicht mehr an
328 fiktive Kostensätze. Wir setzen uns für eine umfassende Novellierung der
329 Baumschutzverordnung ein, die den Schutzstatus von Bäumen stärkt und deren Pflege verbessert
330 und nutzen alle Spielräume aus, um den Baumbestand rechtlich besser zu schützen. Wir wollen
331 die Bürger*innen bei ihrem vielfältigen Engagement für das Stadtgrün unterstützen:
332 Baumscheiben sollen ohne Genehmigung bepflanzt werden können, Regentonnen das Gießen von
333 Bäumen und Beeten erleichtern und das Modell „Hausbäume“ soll auf alle Bezirke ausgeweitet
334 werden. Wir unterstützen Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Initiativen und stellen
335 fachliche Beratung und Starthilfen zur Verfügung für mehr private Begrünung und urbane
336 Naturvielfalt.

337 1.4. Lebendige Umwelt – für mehr Vielfalt und Lebensqualität

338 Berlin soll auch in Zukunft artenreich und lebenswert bleiben. Wir Bündnisgrüne setzen uns
339 dafür ein, Natur, Wasser, Luft und Böden konsequent zu schützen und zu regenerieren. Unser
340 Ziel ist eine gesunde Umwelt, die Mensch und Natur verbindet – mit sauberen Gewässern,
341 vitalen Wäldern, lebendiger Stadtnatur und aktiver Beteiligung der Berliner*innen. Doch
342 zunehmender Lärm, Schadstoffe und die wachsende Vermüllung bedrohen unsere Umwelt und
343 mindern die Lebensqualität.

344 Wälder als Lunge der Stadt begreifen

345 Die Berliner Wälder sind mehr als Erholungsorte – sie sind lebenswichtiger Bestandteil
346 unseres Stadtklimas, Filter für Luft und Wasser, Kohlenstoffsenken und Lebensräume für
347 unzählige Arten. Gleichzeitig sind sie massivem Stress durch Hitze, Trockenheit, Stürme und
348 Schadstoffe ausgesetzt. Wir Grüne unterstützen den laufenden Prozess einer Neuorientierung
349 der Berliner Forsten unter Einbeziehung der Umweltverbände, der Wissenschaft und der
350 Zivilgesellschaft. Das gemeinsame Ziel ist ein klimaresilienter, naturnaher Mischwald mit
351 größerer Naturvielfalt und verbesserter Wasserhaltefähigkeit. Wir setzen auf die
352 Naturverjüngung, den konsequenten Erhalt von Altbäumen und dem Belassen von Totholz im Wald.
353 Ein begrenzter Holzeinschlag soll nur dann stattfinden, wenn er der Entwicklung zu einem
354 naturnahen Dauerwald dient. Ein wissenschaftlich angeleitetes Monitoring soll die
355 Waldumwandlung unter Einbeziehung der Waldböden ständig begleiten. Die verbleibenden Moore
356 im Wald sollen erhalten, wieder vernässt und renaturiert werden. Entwässernde
357 Infrastrukturen in und an den Wäldern müssen zurückgebaut werden.

358 Den uneingeschränkten Erhalt der Berliner Wälder wollen wir landesgesetzlich absichern und
359 wollen die Waldflächen erhöhen. Mehr Waldgebiete sollen unter strikten und rechtlich
360 gesicherten Schutz gestellt werden und wir schaffen mehr und größere Naturschutzgebiete. Zur
361 Vorbeugung von Waldbränden werden wir neben technischen Maßnahmen und interdisziplinärer

362 Zusammenarbeit auch ökologische Ansätze wie die Anlage von Schutzstreifen und
363 Waldbrandriegeln durch Beweidung einbeziehen.

364 Biodiversität engagiert schützen

365 Berlin ist auch Lebensraum für unzählige Tier- und Pflanzenarten. Doch der Verlust an
366 Biodiversität ist dramatisch: Lebensräume verschwinden, Arten geraten unter Druck und die
367 natürlichen Ökosysteme verlieren ihre Stabilität. Wir Bündnisgrüne wollen dem entschieden
368 entgegenwirken und werden die Berliner Strategie zur Biologischen Vielfalt 2030+
369 entschlossen umsetzen. Lebensräume sollen erhalten, gepflegt und miteinander vernetzt
370 werden. Ziel ist ein grünes Netz von Biotopverbänden in Berlin, das die Lebensräume von
371 Tier- und Pflanzenarten miteinander verbindet. Wir schaffen Blühwiesen, Insektenkorridore
372 und naturnahe Grünflächen, die als Lebensräume für Bestäuber fungieren. Wir pflanzen Hecken
373 und Sträucher aus heimischen Arten, als Nistplätze und Schutz. Wir wollen flächendeckend
374 sichere Querungsmöglichkeiten ausbauen und Maßnahmen gegen Lichtverschmutzung und
375 Vogelschlag ergreifen. Zudem werden wir die Wildtierhilfe stärken und das
376 Biodiversitätsmonitoring ausbauen.

377 Berlin wird die Vorgaben der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur aktiv umsetzen.
378 Wir setzen auf aktive Landschaftspflege, die ökologische Funktion, Artenvielfalt und
379 Erholungsqualität in Einklang bringt. Naturschutzräume werden nicht nur ausgewiesen, sondern
380 durch Pflege- und Managementpläne langfristig gesichert. Dazu zählen extensiv genutzte
381 Wiesen, naturnahe Uferbereiche und strukturreiche Waldränder. Wir fördern die
382 Wiederherstellung von Habitatstrukturen wie Totholz, Hecken und kleinräumigen
383 Feuchtgebieten. Wir wollen in Berlin keinen Einsatz von Pestiziden. Als ersten Schritt
384 nutzen wir keine Pflanzenschutzmittel mehr auf landeseigenen Flächen. Die Berliner Umwelt-
385 und Naturschutzverbände haben eine wesentliche Funktion für den Erhalt unserer Stadtnatur,
386 ihren Schutz gegen verschiedenste Nutzungsansprüche und für die Umweltbildung. Deshalb
387 werden wir sie weiterhin unterstützen und ihre Beteiligungs- und Klagerechte erhalten.

388 Wasser nachhaltig nutzen und Gewässer aufwerten

389 Wasser ist Leben. Um Berlin vor einer Wasserkrise zu bewahren, müssen wir jetzt handeln.
390 Denn im Zuge der Klimakrise geraten der Wasserkreislauf der Hauptstadtregion und die
391 Wasserversorgung in Berlin immer mehr aus dem Gleichgewicht. Deshalb kommt es jetzt auf
392 entschiedenes Handeln an. Wir entwickeln den Masterplan Wasser unter Beteiligung der
393 Zivilgesellschaft zu einem wirksamen und verbindlichen Instrument weiter. Um in der
394 fortschreitenden Klimakrise die Trinkwasserversorgung in Berlin weiter zu sichern, wollen
395 wir wirksame Maßnahmen für einen sorgsamen und sparsamen Umgang mit Wasser umsetzen und wo
396 möglich, den Wasserverbrauch reduzieren. Senat, Bezirke und Eigenbetriebe der Stadt sollen
397 im Sommerhalbjahr Grünflächen möglichst in den weniger heißen und sonnenarmen Randzeiten
398 bewässern sowie wassersparende Techniken nutzen, wie z. B. Tröpfchenbewässerung. Private
399 Eigentümer*innen sind aufgerufen, sich auch daran zu orientieren. Zur Bewässerung wollen wir
400 verstärkt Regenwasser verpflichtend machen. Golfplätze sollen nur noch mit Regenwasser
401 bewässert werden. Genehmigungen zur Entnahme von Grundwasser wollen wir vom Grundwasserstand
402 abhängig machen und Entgelt-Freibeträge abbauen. Wir schließen die Verfahren zur Festlegung
403 von zulässigen Mengen der Trinkwasserförderung an allen Wasserwerken ab, auch um die Wälder
404 und Waldmoore zu schützen. Nach anspruchsvoller Reinigung wollen wir Wasser aus den
405 Klärwerken wieder in ansonsten trocken fallende Landschaften einleiten. Das stärkt dort auch
406 die Natur und die Vielfalt des Lebens. Wir machen uns für die konsequente Umsetzung der EU-
407 Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) in Berlin stark. Mit der „Aktion Blau“ engagieren wir uns für

408 die Ausweitung naturnaher Gewässerabschnitte und Uferzonen an Spree und Havel, an den Seen
409 und den kleinen Berliner Flüssen. Wir setzen uns für die Sanierung der Kleingewässer ein. An
410 allen innerstädtischen Fließgewässern schaffen wir schrittweise naturgerechte Uferkorridore
411 und begrünen künstliche Uferbefestigungen.

412 Die Berliner Wasserbetriebe sollen ihre Rolle im umfassenden Wasserressourcenmanagement
413 weiter ausbauen und die Gewinne für dringend erforderliche Investitionen nutzen können,
414 statt sie an den Landeshaushalt abzuführen. Sauberes Regenwasser wollen wir verstärkt in
415 Kleingewässer einleiten, um deren Austrocknung vorzubeugen. Verschmutztes Regenwasser darf
416 nicht mehr ungefiltert Gewässern zugeführt werden. Wir werden die Abkoppelung von der
417 Mischwasserkanalisation deutlich voranbringen, um unsere Gewässer vor Verschmutzung zu
418 schützen und Wasser in der Stadt zu halten. Wir entwickeln zudem Strategien gegen
419 Mikroplastik und per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS), also sogenannte
420 Ewigkeitschemikalien, mit dem Ziel eines konsequenten PFAS-Verbots. Entsprechende Grenzwerte
421 für die Berliner Wasserversorgung sind konsequent einzuhalten, z.B. mit Blick auf das
422 belastete Wasser in Tegel.

423 Wir treiben einen sparsamen Umgang mit Wasser voran. Grauwasserrecycling soll Standard
424 werden: Gebrauchtes Wasser aus Duschen, Waschbecken und Waschmaschinen wird gesammelt,
425 gereinigt und für die Toilettenspülung und für die Vegetation wiederverwendet. Die Abwärme
426 kann zusätzlich als Energiequelle genutzt werden. Wir begrenzen private
427 Grundwasserentnahmen. Unternehmen mit großem Wasserverbrauch wollen wir transparent machen.
428 Die Wasserwirkung soll bei der Wirtschafts- und Ansiedlungsförderung berücksichtigt und
429 eigene Brunnen von Unternehmen nur noch in Ausnahmefällen erlaubt werden. Hierfür erteilte
430 Ausnahmegenehmigungen sollen öffentlich einsehbar sein. Wir werden Mindestgrundwasserstände
431 festlegen und den Landschaftswasserhaushalt vor weiterer Verschlechterung schützen. Zentral
432 ist, dass in Krisenzeiten der Grundbedarf aller Berliner*innen gedeckt ist. Schwengelpumpen
433 sollen instand gesetzt, in bislang unterversorgten Gebieten neu errichtet und als dezentrale
434 Notwasserversorgung, aber auch zur Wasserversorgung der Straßenbäume und des Stadtgrüns
435 durch Anwohnende gesichert werden. Bisherige Planungen für eine stadtweit gleichmäßige
436 Versorgung mit diesen Pumpen werden wir wieder aufnehmen und umsetzen. Auch wollen wir das
437 pauschale Badeverbot endlich abschaffen und das bereits bestehende
438 Wasserqualitätsmonitoringsystem stadtweit ausbauen, um nach dem Vorbild anderer europäischer
439 Städte das Baden in der Spree zu ermöglichen. Mit dem Spreebaden ermöglichen wir Abkühlung
440 im heißen Stadtzentrum und verpflichten uns selbst dazu die Wasserqualität dauerhaft
441 hochzuhalten.

442 Berliner Luft gesund machen

443 Saubere Luft ist Grundvoraussetzung für Gesundheit, Lebensqualität und intakte Ökosysteme.
444 Das Überschreiten der Grenzwerte in der Berliner Luft nehmen wir nicht hin. Deshalb werden
445 wir die Luftreinhaltepolitik konsequent an den WHO-Luftqualitätsleitlinien und aktuellen
446 wissenschaftlichen Erkenntnissen ausrichten.

447 Mit einem ambitionierten Berliner Luftreinhalteplan werden wir die Belastung durch Feinstaub
448 und Stickoxide in allen Stadtteilen deutlich senken, um die EU-Grenzwerte möglichst schon
449 vor 2030 einzuhalten. Wir beschleunigen den Umstieg auf emissionsfreie Elektrofahrzeuge –
450 beginnend mit den BVG-Bussen. Zentrale Maßnahme ist die schrittweise Einführung einer
451 Nullemissionszone im Sinne des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK) für
452 Fahrzeuge.

453 Die Senkung des Feinstaubes ist die zentrale Herausforderung. Neben den Maßnahmen im Verkehr
454 sollen ab 2030 auf Baustellen in der Nullemissionszone nur noch Maschinen nach modernem

455 Abgasstandard oder mit Rußfiltern eingesetzt werden. Bei Holzheizungen fördern wir die
456 Nachrüstung von Staubabscheidern und machen sie spätestens ab 2030 verbindlich. Das
457 Luftqualitätsmonitoring wollen wir mit modernen Sensoren weiter ausbauen und dabei
458 interessierte Citizen-Science-Initiativen einbeziehen, um die Belastungen flächendeckend zu
459 erfassen und die Wirksamkeit der Maßnahmen kontinuierlich zu überprüfen, sowie deren
460 Akzeptanz in der Stadtgesellschaft zu erhöhen.

461 Privates Feuerwerk flächendeckend verbieten

462 Wir setzen uns weiter konsequent für ein ganzjähriges und flächendeckendes
463 Feuerwerksverkaufs- und Böllerverbot ein, um Mensch, Tier und Umwelt zu schützen. An
464 Silvester und zu weiteren besonderen Anlässen soll es alternativ zentral organisierte
465 umweltfreundliche Lichtshows geben.

466 Sauberkeit und Nachhaltigkeit stärken

467 Wir machen Berlin sauber: Wir Bündnisgrüne wollen die Reinigung von Straßen und Grünanlagen
468 deutlich ausweiten und setzen uns dafür ein, dass die Berliner Stadtreinigung (BSR) mit
469 ihren hohen Qualitätsstandards zukünftig alle Parks und Spielplätze reinigt, um die
470 Aufenthaltsqualität für die Berliner*innen zu steigern. Das Programm der Parkläufer*innen
471 und Kiezmanager*innen wollen wir fortführen und dauerhaft sichern. Diese Fachkräfte tragen
472 maßgeblich zur Sicherheit und einem respektvollen Miteinander in unseren Grünanlagen bei.
473 Die mehrmals im Jahr stattfindenden BSR-Kieztage wollen wir zeitlich besser an den Alltag der
474 Menschen anpassen, insbesondere durch häufigere Termine an Wochenenden. Allen Berliner
475 Haushalten möchten wir einmal im Jahr eine kostenfreie Sperrmüll-Entsorgung ermöglichen.
476 Zusätzlich setzen wir uns für vierteljährliche Sperrmülltage ein, an denen Sperrmüll
477 niedrigschwellig entsorgt werden kann. Wir unterstützen Initiativen und Bürger*innen, die
478 sich vor Ort um den öffentlichen Raum kümmern, denn wir wissen: Je mehr die Berliner*innen
479 selbst Verantwortung für ihren Raum übernehmen, desto erfolgreicher ist der Kampf gegen den
480 Müll. Deshalb wollen wir auch neue Formen der Mitverantwortung erproben, etwa durch ein
481 Pilotprojekt „Mein Stück Berlin“, bei dem Anwohner*innen freiwillige Patenschaften für
482 Straßenabschnitte oder Grünflächen übernehmen können.

483 Der beste Müll ist aber der, der erst gar nicht entsteht. Deswegen setzen wir auf
484 Abfallvermeidung und Ressourcenschonung. Wir führen eine Steuer auf Einwegverpackungen,-
485 geschirr und -besteck ein, die den Umstieg auf Mehrweg fördert. Wir stärken flächendeckend
486 Repair-Cafés, Tausch- und Sharing-Plattformen, Re-Use-Kaufhäuser sowie weitere
487 Geschäftsmodelle der Kreislaufwirtschaft und setzen die Zero-Waste-Strategie konsequent um.
488 Textilien für soziale Zwecke zu sammeln, muss weiter möglich sein. Wir prüfen, wie
489 gemeinwohlorientierte Sammler*innen dabei unterstützt werden können. Der Trend zu
490 Wegwerfmode (Fast Fashion) muss begrenzt werden und die Bundesebene die von der EU
491 angekündigte erweiterte Herstellerverantwortung der Textilproduzenten zügig umsetzen. Ein
492 funktionierendes Reparatursystem stärkt die Verbraucher*innen und reduziert Abfall.
493 Bioabfälle sollen vollständig über die Biotonne erfasst und in Biogas und Kompost
494 umgewandelt werden. Die getrennte Sammlung wird verbindlich und die BSR sowie private
495 Entsorger*innen werden verpflichtet, die nötigen Anlagen auszubauen. Um der illegalen
496 Entsorgung im öffentlichen Raum zu begegnen, verpflichten wir die BSR, an den Recyclinghöfen
497 alle Arten von Müll anzunehmen und erlauben ihr im Gegenzug entsprechende
498 Entsorgungsgebühren zu erheben. Wir Grüne wollen das Recycling und die Wiederverwendung von
499 Altholz deutlich ausbauen und verbessern.

500 Alle Maßnahmen zur Sauberkeit und Abfallvermeidung müssen öffentlichkeitswirksam,
501 verständlich und mehrsprachig kommuniziert werden. Nur wenn Angebote bekannt sind und
502 nachvollziehbar erklärt werden, können sie ihre Wirkung entfalten.

503 Wissen über Umwelt und Klima vermitteln

504 Wir werden die Bildungsarbeit im Bereich der nachhaltigen Entwicklung weiter stärken.
505 Gartenarbeitsschulen sollen erhalten, Umweltbildungszentren und -projekte ausgebaut und das
506 Stadtnaturranger*innen-Programm ausgeweitet werden. Wir wollen Umweltbildung in allen
507 Bezirken fest verankern und eine zentrale Stabsstelle für Bildung für nachhaltige
508 Entwicklung beim Senat einrichten. Wir schaffen flächendeckend naturnahe Schul- und Kitahöfe
509 und weitere Naturerfahrungsräume, die gesunde Aufenthaltsräume für Kinder und Jugendliche
510 bieten, Artenvielfalt fördern und zugleich spielerisch Umwelt- und Klimabildung ermöglichen.
511 Ergänzend soll Berlin ein „Klimahaus“ als zentralen Bildungs- und Begegnungsort für
512 Klimaschutz, Umweltwissen und Teilhabe erhalten.

513 Umweltschutz als gemeinsame Aufgabe umsetzen

514 Der Schutz von Klima, Natur und Umwelt ist auch eine regionale Aufgabe. Fragen der
515 Trinkwasserversorgung oder der Gewässerqualität von Spree und Havel können nur gemeinsam von
516 Berlin, dem Land Brandenburg und unseren Nachbargemeinden gelöst werden. Dafür brauchen wir
517 eine enge Zusammenarbeit und Arbeits- und Erfahrungsaustausch. Wichtig ist uns die Förderung
518 und Entwicklung der acht länderübergreifenden Regionalparks. insbesondere im Naturpark
519 Barnim und im Regionalpark Barnimer Feldmark. Wir schlagen vor, dass der Naturpark Barnim
520 und der Regionalpark Barnimer Feldmark zu Biosphärenreservaten nach den Regeln der UNESCO
521 ausgewiesen werden.

522 Berlin hat mit seinen in Brandenburg gelegenen Stadtgütern eine besondere Verantwortung und
523 Chance. Wir wollen, dass sie beispielgebend für eine Verflechtung von umweltschonender
524 Landwirtschaft, artenreicher Landschaftsgestaltung und von Standorten für erneuerbare
525 Energiegewinnung werden. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Stärkung der
526 Direktvermarktung bio-regionaler Produkte, insbesondere aus Brandenburg, in der
527 Hauptstadtregion ein.

528 1.5. Echter Tierschutz – konsequent und wirksam

529 Tiere gehören zu Berlin: Sie leben in Haushalten, in Parks, in Grünanlagen, auf Bauernhöfen,
530 in Hinterhöfen, im Tierheim, in Wildtierstationen und Laboren. Doch viele von ihnen sind
531 nicht ausreichend geschützt. Unser Ziel ist ein Berlin, in dem Tiere geachtet und geschützt
532 werden, Leid vermieden wird und Menschen Verantwortung übernehmen. Tierschutzpolitik darf
533 nicht erst greifen, wenn es zu spät ist, sondern muss frühzeitig wirken. Wir Bündnisgrüne
534 wollen, dass Tiere in Berlin als Lebewesen mit eigenem Wert anerkannt und entsprechend
535 professionell geschützt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Tiere rechtlich nicht länger
536 als Sachen behandelt werden. Berlin übernimmt Verantwortung, indem wir uns für eine wirksame
537 Weiterentwicklung des Tierschutzrechts stark machen.

538 Verlässlich für den Tierschutz handeln

539 Wir wollen Tierschutz wieder stärken, indem wir das Amt einer*eines unabhängigen und
540 weisungsfreien Landestierschutzbeauftragten endlich gesetzlich verankern und mit eigenem

541 Budget und ausreichend Personal ausstatten. Das Tierschutzverbandsklagerecht muss gestärkt
542 und die Mitwirkungsrechte qualifiziert werden.

543 Die Finanzierung von Tierheim, Tiertafel und Wildtierstationen soll dauerhaft gesichert
544 werden – ergänzt durch einen Notfallfonds für akute Versorgungslagen – und als soziale
545 Leistung Anerkennung finden. Viele Bereiche des Tierschutzes in Berlin werden derzeit
546 überwiegend ehrenamtlich getragen, wir wollen diese weiterhin nachhaltig unterstützen. Wir
547 unterstützen die Forderung nach einem Tierheimeuro, damit das Berliner Tierheim Fund- und
548 sichergestellte Tiere auch künftig zuverlässig und kostendeckend versorgen kann. Für mehr
549 Tierschutz und Sicherheit schaffen wir die ungerechte Rasseliste ab und führen einen
550 verpflichtenden Hundeführerschein ein. Um den illegalen Welpenhandel zu bekämpfen, führen
551 wir im Berliner Hunderegister ein verpflichtendes Herkunftsnachweis-Feld ein. So schützen
552 wir Tiere vor Leid und erschweren kriminelle Geschäfte.

553 Maßnahmen für Tiere der Stadt ergreifen

554 In Zusammenarbeit mit den Bezirken und Initiativen wollen wir Grüne ein tierschutzgerechtes
555 Stadtaubenmanagement mit betreuten Taubenschlägen, tierärztlicher Versorgung und
556 Eieraustausch flächendeckend etablieren, um den Taubennachwuchs deutlich zu reduzieren.
557 Tierschutzwidrige Abwehrmaßnahmen wie Spikes oder Vergrämungsmittel ohne fachliche Prüfung
558 lehnen wir strikt ab. Ferner wollen wir sichere Trinkgelegenheiten für Stadt- und Wildtiere
559 in den Bezirken schaffen, die langfristig in verbindliche Planungsrichtlinien einfließen. Wir
560 wollen landeseigene Wohnungsbaugesellschaften verpflichten, beim Umgang mit sogenannten
561 Schadnagern konsequent auf präventive Maßnahmen zu setzen. Dazu gehören insbesondere die
562 Behebung baulicher Mängel und andere vorbeugende Schritte, um Befall dauerhaft zu vermeiden
563 und den Einsatz kostenintensiver, umweltbelastender und tierschutzproblematischer
564 Bekämpfungsmaßnahmen möglichst zu reduzieren.

565 Tiere, wie zum Beispiel Sperlinge oder Fledermäuse, müssen bei Baumaßnahmen geschützt und
566 die Einhaltung von Vorschriften besser durchgesetzt werden – energetische Sanierung darf
567 nicht mehr im Widerspruch zum Gebäudebrüterschutz stehen und Lebensräume müssen erhalten
568 bzw. wirksam ersetzt werden.

569 Für Wildtiere soll eine zentrale Koordinierungsstelle entstehen, begleitet von einem
570 Förderprogramm für Nistkästen und andere Schutzmaßnahmen sowie gesetzlich abgesichert durch
571 ein umfassendes Wildtierschutzsystem. Schließlich wollen wir das Landesjagd- und
572 Naturschutzgesetz novellieren, um einerseits Wildtiere besser zu schützen und andererseits
573 dort, wo sich Mensch und Tier begegnen, eine möglichst konfliktfreie Koexistenz zu sichern.
574 Die in 2025 beschlossene Abschaffung der Schonzeiten für Waschbären und Nutrias machen wir
575 rückgängig.

576 Den Bienenschutz wollen wir durch eine gesicherte Finanzierung der
577 Bienenkoordinierungsstelle und ein kontinuierliches Monitoring von Bienen und Bestäubern
578 stärken. Zugleich möchten wir stabile Strukturen und Förderprogramme für Bienen dauerhaft
579 sichern. Für ein zentrales Register zur Meldung von Seuchen und invasiven Arten und der
580 Bekämpfung dieser wollen wir die Bienenkoordinierungsstelle stärken. Außerdem sollen
581 Imker*innen über die Koordinierungsstelle beim Thema Aus- und Fortbildungsangebote
582 unterstützt werden.

583 Forschung tierversuchsfrei entwickeln

584 Berlin stärkt tierfreie Forschung konsequent und baut Entwicklung, Lehre und Anwendung
585 tierfreier Methoden gezielt aus. Studierende sollen das Recht haben, tierfreie Methoden zu
586 erlernen und entsprechende Abschlüsse zu erwerben. Dafür wollen wir ein interdisziplinäres
587 Innovationszentrum mit eigener Professur, Förderlinien und Modellprojekten aufbauen. Wir
588 orientieren uns am international etablierten 3R-Ansatz (Replace, Reduce, Refine) – mit dem
589 Fokus auf Replacement und dem Ziel, Tierversuche schrittweise durch tierfreie Verfahren zu
590 ersetzen. Wo Tierversuche derzeit noch nicht ersetzbar sind, sorgen wir für höchste
591 Tierschutzstandards und die Schaffung von mehr Transparenz. Hier ist uns eine
592 praxistaugliche Umsetzung und die Wahrung der Persönlichkeitsrechte von Forschenden wichtig.

593 Berlin positioniert sich klar gegen jede Absenkung bestehender Tierschutzstandards auf
594 Bundesebene.

595 1.6. Gutes Essen – für alle zugänglich

596 Essen ist zentral für unsere Gesundheit – und weit mehr als eine individuelle Entscheidung.
597 Ernährung prägt unser Wohlbefinden, unser Klima, unsere Umwelt und unser gesellschaftliches
598 Miteinander. In Berlin hängt es jedoch noch immer stark vom Einkommen ab, wie gesund und
599 vielfältig Menschen sich ernähren können. Insbesondere Mangel an Zeit und Geld führen dazu,
600 dass gerade Menschen mit weniger Einkommen schlechtere Voraussetzungen für eine ausgewogene
601 Ernährung haben. So entsteht Ernährungsarmut – mit Folgen für Gesundheit und Teilhabe.
602 Gleichzeitig wünschen sich viele Berliner*innen gesunde und nachhaltige Alternativen – die
603 aber nicht für alle erreichbar sind.

604 Wir Bündnisgrüne wollen das ändern: Alle Berliner*innen sollen Zugang zu gesunder,
605 nachhaltiger und bezahlbarer Ernährung haben – unabhängig vom Geldbeutel. Ernährung ist Teil
606 der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir setzen auf gute Informationen, Infrastruktur und
607 niedrigschwellige Angebote, die Ernährungsarmut vorbeugen und gesunde Ernährung für alle
608 möglich machen.

609 Ernährungsstrategie voranbringen

610 Die Berliner Ernährungsstrategie entwickeln wir weiter und sorgen für ihre konsequente
611 Umsetzung. Gemeinsam mit dem Berliner Ernährungsrat und engagierten Initiativen wollen wir
612 Grüne den Transformationsprozess weiter voranbringen – hin zu mehr Regionalität, fairer
613 Wertschöpfung und gesunder Gemeinschaftsverpflegung.

614 Qualität und Nachhaltigkeit von Gemeinschaftsverpflegung erhöhen

615 Gute Ernährung darf auch dort keine Ausnahme sein, wo Menschen auf öffentliche Versorgung
616 angewiesen sind, wie etwa in Schulen, Kitas, Pflegeeinrichtungen, Geflüchtetenunterkünften
617 und Betrieben. Die Gemeinschaftsverpflegung muss gesund sein und stärker auf pflanzliche,
618 regionale, saisonale, ökologisch und fair produzierte Lebensmittel setzen. Sie spielt eine
619 zentrale Rolle in der Ernährung der Menschen – und kann als Vorbild zeigen, wie nachhaltige
620 und ausgewogene Ernährung im Alltag gelingt. Vegane und kultursensible Angebote sollen keine
621 Nische mehr sein, sondern ein selbstverständlicher Teil des gesamten Angebots – damit die
622 Bedürfnisse aller berücksichtigt werden. Konzepte wie kostenfreies Trinkwasser in allen
623 öffentlichen Einrichtungen und leicht zugängliche LebensMittelPunkte, also offene Orte in

624 den Kiezen, wo überwiegend regionale, hochwertige Nahrungsmittel gehandelt, verarbeitet und
625 gemeinsam gegessen werden, sollen gesunde Ernährung für alle erleichtern.

626 Die Qualität der Gemeinschaftsverpflegung wollen wir durch verbindliche Standards der
627 Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) und eine verbindliche Beteiligung der Gäste, von
628 den BSR-Kantinenbesucher*innen über die Kita-Kinder und deren Eltern bis hin zu den
629 Schüler*innen, verbessern. Große Kantinen möchten wir in die Berliner Ernährungsstrategie
630 miteinbeziehen. Die Initiative „Kantine Zukunft“ wollen wir dauerhaft verankern und
631 finanziell absichern. Mit dem Ziel, die Berliner Gemeinschaftsverpflegung flächendeckend auf
632 gesunde, nachhaltige und schmackhafte Mahlzeiten umzustellen, verstetigen wir sie als
633 zentrales Beratungs- und Kompetenzzentrum. Um eine verlässliche und hochwertige
634 Schulverpflegung sicherzustellen, werden wir die Ausschreibungsverfahren reformieren. Da wo
635 möglich, wollen wir Schulküchen bauen und für die weiterführenden Schulen ein
636 Ernährungskonzept entwickeln.

637 Ernährungsbildung stärken, regionale Kreisläufe fördern

638 Wir Grüne stärken die Ernährungsbildung für alle Altersgruppen ohne Gewichtsdiskriminierung.
639 Food-Campus und Food-Schools mit Lehrküchen und Schulgärten sowie Lernorte für naturnahe
640 Ernährungsbildung in Kitas mit eigenen Kitagärten sollen in allen Bezirken entstehen. Wir
641 fördern urbane Landwirtschaft und starke regionale Lieferketten, um Ernährungssicherheit zu
642 stärken und die Umwelt zu schützen. Kooperationen mit Brandenburg und Polen werden wir
643 ausbauen. Stadtgüter sollen Schritt für Schritt vollständig auf ökologische Landwirtschaft
644 umstellen. Wir unterstützen Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Initiativen und machen
645 Berlin mit neuen Obstbäumen, Sträuchern, Wildkräutern und bodennahen Pflanzen im
646 öffentlichen Raum zu einer „essbaren“ Stadt.

647 Lebensmittelverschwendung wollen wir konsequent reduzieren – von der Produktion bis zum
648 Teller. Dafür verstetigen wir die koordinierende Stelle für Lebensmittelrettung und
649 unterstützen den Aufbau und Erhalt von Kiez-Kühlschränken, in denen Lebensmittel, die sonst
650 verschwendet würden, weitergegeben werden können. Wir fördern die Beratung und Vernetzung
651 lokaler Akteur*innen sowie die Optimierung der Logistik entlang der gesamten
652 Wertschöpfungskette. Lebensmittel zu retten, darf nicht illegal sein. Wir setzen uns deshalb
653 dafür ein, dass Containern legalisiert wird und dass Lebensmittel, die nur noch über eine
654 geringe Haltbarkeit verfügen, preisreduziert anzubieten oder zu spenden.

655 1.7. Starker Verbraucher*innenschutz – digital und sozial

656 Wir Bündnisgrüne setzen uns für starken Verbraucher*innenschutz ein, der Menschen in ihrem
657 Alltag stärkt und ihre Rechte sichert. Alle Berliner*innen sollen klare, verlässliche und
658 leicht verständliche Informationen zu Produkten und Dienstleistungen erhalten – ob beim
659 Einkauf, im Netz, bei der Ernährung oder der Altersvorsorge. Wir wollen Verbraucher*innen
660 befähigen, selbstbestimmt und informiert zu entscheiden, statt sie zu bevormunden. Dazu
661 gehören transparente Herkunftsangaben, faire Preise, verbindliche Siegel und starke Rechte
662 im digitalen Raum.

663 Verbraucher*innenschutz beginnt mit Bildung: Wir fördern Verbraucher*innenbildung in Schulen
664 und außerschulischen Einrichtungen – zu Themen wie Influencer*innen-Marketing, nachhaltigem
665 Konsum, digitaler Sicherheit, Altersvorsorge oder Schuldenprävention. Entsprechende
666 Weiterbildungsangebote an Schulen sollen von gemeinwohlorientierten Interessen geleitet sein
667 – z.B. durch die Verbraucherzentrale in Zusammenarbeit mit Akteuren, die keine monetären
668 Eigeninteressen dabei verfolgen. Gleichzeitig stärken wir die Lebensmittel- und

669 Veterinärüberwachung in den Bezirken und sichern die unabhängige Beratung der
670 Verbraucherzentrale Berlin langfristig – einschließlich des Ausbaus ihres zweiten Standorts
671 in Lichtenberg. Wir möchten das Projekt des aufsuchenden Verbraucherschutzes für
672 Migrant*innen wieder ins Leben rufen, damit Informationen die Breite der Bevölkerung
673 erreichen.

674 Die schwarz-rote Landesregierung hat mit ihrer Haushaltspolitik und falschen Prioritäten
675 zentrale Strukturen des Verbraucher*innenschutzes geschwächt. Wir Grüne stellen sicher, dass
676 die Verbraucherzentrale Berlin und ihre wichtige Arbeit künftig wieder verlässlich
677 finanziert und gestärkt werden – für fairen Verbraucher*innenschutz und echte Wahlfreiheit
678 für alle Berliner*innen.

679 1.8. Sport für alle – nachhaltig, inklusiv und gerecht

680 Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin eine Hauptstadt des Sports für alle wird. Sport
681 und Bewegung sollen selbstverständlich in allen Bereichen mitgedacht werden. Sport schafft
682 nicht nur Ausgleich und Gesundheit, sondern auch Begegnung, Teilhabe und sozialen
683 Zusammenhalt. Sportvereine sind Orte des Miteinanders und der demokratischen Teilhabe. Doch
684 der Zugang zu Sport ist ungleich verteilt: In vielen Stadtteilen fehlen wohnortnahe
685 Bewegungsräume, Anlagen sind häufig sanierungsbedürftig, über 50 Sportstätten sind
686 geschlossen und viele nicht barrierefrei. Diskriminierungserfahrungen oder hohe Kosten
687 schließen Menschen aus.

688 Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin eine Hauptstadt des Sports für alle wird. Sport und
689 Bewegung sollen selbstverständlich in allen Bereichen mitgedacht werden. Sportstätten sind
690 Teil der Daseinsvorsorge, ökologisch nachhaltig, barrierefrei und für alle zugänglich.

691 Sportangebote ausbauen und zugänglich machen

692 Kinder und Jugendliche müssen sich ausreichend bewegen und schwimmen lernen können. Vereins-
693 und Freizeitsport soll demokratisch, inklusiv, gewaltfrei und diskriminierungsfrei sein. Wir
694 wollen gezielt den Frauen- und Mädchensport, den Sport für trans* und nicht-binäre Menschen,
695 den Inklusionssport sowie Sportangebote für Kinder und Jugendliche und für Senior*innen
696 fördern. Das fängt in der Kita an und geht über den Schulsport bis hin zum Vereinssport.
697 Niedrigschwellige Sportangebote für Kinder und Jugendliche wollen wir ausbauen. Den
698 Schulsport wollen wir stärken, indem wir eine Vielfalt von Sport- und Bewegungskulturen
699 anbieten. Den Frauen- und Mädchensport wollen wir auch durch gezielte Lehrgänge bzw.
700 Fortbildungsangebote stärken, damit mehr FLINTA*-Personen Führungspositionen übernehmen
701 sowie als Trainer*innen oder Übungsleiter*innen tätig werden. In Zeiten von Wartelisten und
702 Aufnahmestopps in vielen Sportvereinen insbesondere für Kinder und Jugendliche ist klar:
703 Sporthallen und Sportplätze müssen zuerst dem Vereinssport zur Verfügung stehen. Wo
704 Nutzungskonflikte nicht entstehen, soll aber auch eine Nutzung durch den vereinsungebundenen
705 Sport ermöglicht werden. Dazu wollen wir die Sportanlagen-Nutzungsvorschriften (SPAN) so
706 ändern, dass Vereine mit entsprechendem Angebot künftig eine bessere Chance auf
707 Trainingszeiten erhalten. Den vereinsungebundenen Sport wollen wir fördern und z.B. durch
708 Sport im Park das Ausüben von Sportangeboten ermöglichen. Skateparks und andere
709 Sportangebote in Grünanlagen wollen wir so ertüchtigen, dass dort eine professionelle
710 Ausübung des Sports möglich ist - z.B. durch die Errichtung von Toiletten, Umkleiden sowie
711 ausreichend Sitz- und Schattenplätze.

712 Heute sind viele Sportstätten sanierungsbedürftig oder gesperrt, Schwimmbäder nicht überall
713 nutzbar. Wir wollen die Sportstätten inklusiv, multifunktional, ökologisch und nachhaltig

714 sanieren bzw. wo nötig neubauen. Jahrelange Dauerbaustellen wie beispielsweise beim
 715 Paracelsus-Bad in Reinickendorf sind nicht hinnehmbar. Freie Sportgruppen stoßen auf Hürden
 716 bei Versicherung und Flächenzugang – und selbst der Vereinssport kann aufgrund des
 717 desaströsen Zustands und der Sperrung vieler Hallen nicht zuverlässig stattfinden. Gewalt im
 718 Berliner Fußball, vor allem im Männerbereich, bleibt ein Problem. Übungsleiter*innen werden
 719 oft nicht angemessen bezahlt, Inklusionssport ist nicht flächendeckend verfügbar. Das nehmen
 720 wir nicht hin und werden als Grüne ein Bündel an Maßnahmen ergreifen, um Sport in Berlin
 721 endlich wieder allen sicher zugänglich zu machen.

722 Perspektivisch soll die Vergütung von Übungsleiter*innen im Kinder-, Jugend- und
 723 Inklusionssport auf 20–25 Euro pro Stunde steigen. Mädchen- und Frauensport wird durch
 724 Gender Budgeting und Equal Pay gestärkt. Kinderschutz-Siegel sollen in allen Vereinen mit
 725 Jugendsport verpflichtend sein. Die Bundesligaförderung ist ein wertvoller Beitrag zur
 726 Unterstützung des Berliner Spitzensportes. Wir wollen die Förderung ausbauen, so dass
 727 zukünftig alle Berliner Bundesligisten auch tatsächlich gefördert werden können, wenn sie
 728 die Förderbedingungen erfüllen. Darüber hinaus möchten wir das Programm auf Frauenteams in
 729 den 2. Bundesligen erweitern, um insbesondere den Frauensport in Berlin zusätzlich zu
 730 fördern. Die Eliteschulen des Sports öffnen wir für weitere Talente, auch aus olympischen
 731 Sportarten ohne Stützpunkt und nicht-olympischen Sportarten, um dort die Ressourcen
 732 bestmöglich zu nutzen und den Sport in seiner ganzen Breite zu fördern. Abschulen auf Grund
 733 von fehlenden sportlichen Leistungen soll es nicht mehr geben, sondern allen Schüler*innen
 734 bis zu dem von Ihnen gewünschten Abschluss eine Perspektive geboten werden. Sie können
 735 beispielsweise zu Trainer*innen ausgebildet werden. Das Ehrenamt in vielen Vereinen und
 736 Verbänden erreicht zunehmend seine Belastungsgrenzen. Das Programm zur Förderung
 737 hauptamtlicher Verwaltungskräfte in Vereinen und Verbänden ist ein wertvoller Beitrag zur
 738 Unterstützung des Ehrenamtes. Aber die Hürden sind aktuell zu hoch. Deswegen wollen wir die
 739 Fördervereinbarung zwischen dem Land Berlin und dem Landessportbund Berlin so ändern, dass
 740 die Mitgliedszahlen, die für eine Förderung benötigt werden, deutlich sinken.

741 Sportevents klimaneutral und sozial verantwortlich umsetzen

742 Berlin ist eine internationale Sport- und Kulturmetropole. Geeignete Sport-
 743 Großveranstaltungen stärken die internationale Sichtbarkeit der Stadt und können bei für
 744 Berlin gut ausgestalteten Verträgen Investitionen in Infrastruktur, Sportstätten und
 745 Stadtentwicklung anstoßen. Organisator*innen sollen Sportgroßveranstaltungen bis 2030
 746 klimaneutral und unter Einhaltung menschenrechtlicher Standards planen und umsetzen – mit
 747 Bürger*innenbeteiligung, Transparenz und klaren Nachhaltigkeitskriterien. Sie sollen
 748 verbindlich Abfallvermeidung, faire Arbeitsbedingungen und transparente Klimabilanzen
 749 vorweisen.

750 Öffentliche Gelder dürfen nicht zur Absicherung privater Profite im kommerziellen
 751 Spitzensport eingesetzt werden. Berlin beteiligt sich nur dann an der Ausrichtung von
 752 Sportgroßveranstaltungen, wenn Kosten, Risiken und Erträge fair verteilt sind. Veranstalter
 753 und Sportverbände müssen die durch solche Events entstehenden Kosten für Sicherheit,
 754 Verkehr, Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen verbindlich mittragen;
 755 Steuerbefreiungen, Gebührenerlässe und andere Sonderprivilegien schließen wir aus. Wir
 756 setzen uns dafür ein, dass die Kosten sportlicher Großveranstaltungen nicht zu Lasten des
 757 Breitensports gehen.

758 E-Sport und Gaming sind Teil der Berliner Jugend- und Alltagskultur – wir fördern
 759 gemeinnützige Strukturen, Medienkompetenz, Diversität und einen nachhaltigen, fairen E-
 760 Sport-Standort. Werbung für Sportwetten soll eingeschränkt, Glücksspielprävention an Schulen

761 ausgebaut werden. Wir fordern eine öffentliche Kampagne zu den Risiken von Glücksspiel und
762 entsprechende Aufklärungsarbeit durch den Landessportbund Berlin, klare Warnhinweise bei
763 Glücksspiel-Werbung und ein Verbot von Glücksspielwerbung für gemeinnützige Vereinen.

764 So gut wir den olympischen Gedanken finden, eine Bewerbung Berlins für die Olympischen und
765 Paralympischen Spiele ist zum jetzigen Zeitpunkt weder ökologisch noch sozial verantwortbar.
766 Der Bewerbungsprozess des Senats ist intransparent, kostenintensiv und ein unnötiger
767 innerdeutscher Wettbewerb, der durch bessere Planung und Steuerung hätte vermieden werden
768 können. Hinzu kommt, dass auch das Internationale Olympische Komitee (IOC) seit Jahren zu
769 Recht in der Kritik steht. Strukturelle Demokratiedefizite, mangelnde Transparenz,
770 unzureichende Mitbestimmung von Athlet*innen sowie eine schwache menschenrechtliche
771 Verantwortung prägen das System der Olympischen Spiele. Außerdem hinterlassen Großereignisse
772 dieser Art leider enorme ökologische Fußabdrücke. Auch ökonomisch ist Olympia ein riskantes
773 Projekt: Die Kosten explodieren regelmäßig, während die versprochenen langfristigen Gewinne
774 für Stadt und Bevölkerung ausbleiben. Zudem droht eine Bewerbung soziale Ungerechtigkeiten
775 zu vertiefen, da steigende Mieten, Verdrängung und Sicherheitsmaßnahmen oft auf Kosten
776 derjenigen gehen, die ohnehin am stärksten belastet sind. Wir Bündnisgrüne setzen uns daher
777 entschieden gegen die laufende Berliner Olympia-Bewerbung ein – für ein nachhaltiges,
778 soziales und lebenswertes Berlin statt kurzfristiger Prestigeprojekte.

779 Sportinfrastruktur barrierefrei und klimaneutral ausbauen

780 Durch eine sinnvolle Sportstätten-Entwicklungsplanung und die Unterstützung der Bezirke bei
781 der Umsetzung werden wir ein berlinweites Netz barrierefreier, klimaneutraler Sportstätten
782 schaffen. Beispielsweise sollen Roll- und Eissportanlagen inklusiv ausgebaut werden, um
783 Sportarten wie z.B. Rollstuhlbasketball und Para-Eishockey zu fördern. Wir schließen
784 Versorgungslücken, wie beispielsweise in Marzahn-Hellersdorf. Mindestens drei inklusive
785 Sportstätten pro Bezirk sollen entstehen, und frei zugängliche Sportflächen wie
786 Basketballkörbe, Calisthenics-Anlagen und Tischtennisplatten werden ausgebaut. Wir stärken
787 die Bürger*innen-Beteiligung bei der Planung neuer Sportflächen und wollen dadurch Räume und
788 Angebote schaffen, die die Teilhabe und Nutzung dieser Flächen insbesondere durch FLINTA-
789 Personen, die bisher unterdurchschnittlich von solchen Flächen profitieren, aktiv fördert.

790 Auch neu errichtete Typensporthallen müssen bei der Barrierefreiheit modernen Standards
791 entsprechen. Als baufachliche Leitlinie wollen wir den „Kriterienkatalog Inklusive
792 Sportstätten“ verbindlich festlegen. Kunstrasenplätze sollen ohne Mikroplastik-Infill und
793 recyclingfähig gebaut, Eisflächen modernisiert und zukünftig klimaneutral betrieben werden.
794 Abwärme von Kälteanlagen wollen wir sinnvoll nutzen.

795 Die Vergabe der Sportstätten soll gerecht, digital und transparent nachvollziehbar sein.
796 Außengelände von Schulen sollen nach Schulschluss zugänglich sein. Sport im Freien soll –
797 unter Berücksichtigung des Lärmschutzes – auch abends möglich sein. Mit Hilfe einer
798 Schlechtwetterstrategie für Skateboardanlagen und Co. soll erarbeitet werden, wie
799 Überdachungen genutzt werden oder gebaut werden können.

800 Schwimmenlernen flächendeckend ermöglichen

801 Wir Grüne wollen alle Bezirke mit sanierten, barrierefreien und ökologisch nachhaltigen
802 Schwimmbädern ausstatten und sicherstellen, dass jedes Kind in Berlin schwimmen lernt. Dazu
803 aktivieren wir Schulschwimmzentren und schaffen zusätzliche Ferienkurse. Wir wollen
804 zusätzliche Wasserzeiten schaffen und damit auch mehr separate Schwimmunterrichtsangebote
805 sowie Schwimmzeiten für Frauen und Mädchen bzw. FLINTA-Personen ermöglichen.

806 Die Berliner Bäder werden energetisch saniert, um Strom- und Wärmeversorgung zu optimieren
 807 und die Kosten zu senken. Dabei sollen regelmäßig Systeme zur Rückgewinnung der Wärme aus
 808 dem Abwasser und der Abluft der Bäder zum Einsatz kommen. Schwimmbäder sind wichtige
 809 Freizeit- und Sportstätten für alle Berliner*innen. Doch in Berlin mangelt es an
 810 Schwimmbädern, weshalb wir eine Schwimmbadoffensive starten und Bäder schnell neubauen und
 811 wiedereröffnen. Besonders in Bezirken mit fehlender Infrastruktur wird gezielt investiert,
 812 damit Schwimmen keine Frage des Wohnorts ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass es
 813 endlich ein Freibad in Marzahn-Hellersdorf, dem einzigen Bezirk ohne Sommerbad, gibt. Für
 814 Freiwilligendienstleistende wollen wir den Eintritt in Schwimm- und Freibäder kostenfrei
 815 ermöglichen und für Schüler*innen so gestalten, dass er fair und für alle bezahlbar ist. Wir
 816 werden die gestrichenen Schwimmbusse wieder ermöglichen und dauerhaft überall, wo sie
 817 benötigt werden, absichern. Die Entscheidungen der Bäderbetriebe müssen dringend
 818 transparenter werden. Die Bezirke müssen bei wichtigen Entscheidungen konsequent
 819 miteinbezogen werden. Wir setzen uns deshalb für eine obligatorische Präsenzpflcht der
 820 Bäderbetriebe in allen Beiratssitzungen und die Berufung von Öffentlichkeitsvertreter*innen
 821 ein. Ein Veto-Recht der Bezirksvertreter*innen bei investitions- und preispolitischen
 822 Entscheidungen prüfen wir.

823 Stadien als Orte des Zusammenkommens fördern

824 Profisport soll sichere und inklusive Räume für alle Fans bieten. Wir Bündnisgrüne setzen
 825 uns dafür ein, dass Stadien Orte der Begegnung bleiben, in denen Gewalt und Diskriminierung
 826 keinen Platz haben. Dafür wollen wir präventive Maßnahmen, wie Fanarbeit, Awareness-
 827 Strukturen und Konflikttraining weiterentwickeln und stärken.

828 Veranstalter, Vereine und Verbände, insbesondere DFL und DFB, tragen Verantwortung für die
 829 Situation im Stadion: Sie müssen präventive Strukturen nicht nur organisatorisch, sondern
 830 auch finanziell unterstützen. So werden Eskalationen frühzeitig verhindert und Stadien zu
 831 sicheren, inklusiven Orten für alle Fans.

832 Die Einstufung von Spielen als Hochrisikospielen muss nach klaren, transparenten Kriterien
 833 erfolgen, welche nachvollziehbar und überprüfbar sind. Für die zusätzlichen
 834 Sicherheitskosten bei solchen Spielen wollen wir uns auf Bundesebene für alternative
 835 Finanzierungsmodelle einsetzen.

836 Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 1)

837 Wenn Dächer zu Kraftwerken werden – Solarpflicht auf öffentlichen
 838 Gebäuden konsequent umsetzen

839 Wir Bündnisgrüne machen Berlins Dächer zu Kraftwerken für die Energiewende. Öffentliche
 840 Gebäude müssen konsequent mit Solaranlagen ausgestattet werden – verbindlich, transparent
 841 und überprüfbar. Ein klarer Umsetzungsplan legt Prioritäten, Zeitpläne und jährliche
 842 Ausbauziele fest, um Fortschritte nachzuvollziehen, mögliche Hindernisse frühzeitig zu
 843 erkennen und Anpassungen im Umsetzungsprozess vorzunehmen. So senken wir langfristig
 844 Energiekosten, entlasten den Haushalt und bringen Berlin beim Klimaschutz auf Kurs.

845 Eine Million Bäume für Berlin

846 Berlin hat enormes ungenutztes Potenzial für mehr Stadtgrün – auf Höfen, Firmengeländen und
 847 öffentlichen Plätzen. Wir Bündnisgrüne wollen dieses Potenzial heben. Unser Ziel: eine

848 Million Bäume für Berlin. Deshalb werden wir das BäumePlus-Gesetz konsequent umsetzen. Wir
849 schaffen klare Verantwortlichkeiten in der Verwaltung, begleiten die Umsetzung engmaschig
850 und ermöglichen es den Straßen- und Grünflächenämtern, ihrer Aufgabe nachzukommen. Vorrangig
851 sollen klimaresiliente Bäume in Hitze-Hotspots, auf stark versiegelten Flächen und in dicht
852 bebauten Kiezen gepflanzt werden. Auch bei Straßenbäumen achten wir auf Biodiversität. Durch
853 innovative Lösungen wie Wurzelkammersysteme kommen Straßenplanungen mit deutlich weniger
854 Fällungen aus. Damit die Bäume dauerhaft gedeihen, sorgen wir für verlässliche Pflege, kluge
855 Regenwassernutzung und innovative Beteiligungs- und Kooperationsmodelle. Dazu werden wir
856 gemeinsam mit Landesunternehmen und privaten Akteur*innen geeignete Pflanzflächen
857 identifizieren und Begrünung verbindlich in Bau- und Sanierungsprojekte integrieren. Ein
858 landesweiter Fonds für Stadtgrün soll die Finanzierung langfristig sichern. Durch ein
859 digitales Baumkataster und Patenschaftsprogramme binden wir Bürger*innen aktiv in Pflanzung
860 und Pflege ein und machen Fortschritte transparent. So wächst Berlin zur klimaresilienten,
861 biodiversen und lebenswerten Metropole mit einer Million neuer Bäume heran.

862 Für eine saubere, lebenswerte Stadt – zusammen mit der Berliner
863 Stadtreinigung (BSR)

864 Wir machen die Lösung von Berlins Müllproblem zur Priorität. Dafür werden wir schnell eine
865 stadtweite Verpackungssteuer einführen, die den Verpackungsmüll merklich reduzieren wird.
866 Aber wir hören bei Müllreduzierung nicht auf. Jeder Berliner Haushalt soll künftig einmal im
867 Jahr Anspruch auf eine kostenfreie Sperrmüllabholung durch die BSR haben. So ermöglichen wir
868 eine unkomplizierte und fachgerechte Entsorgung – auch für Menschen ohne Auto. Das entlastet
869 die Kieze von illegal abgelagertem Müll und stärkt den fairen Zugang zu städtischen
870 Dienstleistungen. Darüber hinaus wollen wir Grüne, dass die BSR ihr Know-how und ihre hohen
871 Standards künftig auch bei der Reinigung von allen Spielplätzen und Grünanlagen sowie
872 besonders verschmutzten Ecken der Stadt einbringt. Wo die BSR Verantwortung trägt, wird
873 regelmäßig gereinigt, Müll fachgerecht entsorgt und die Sauberkeit verlässlich gesichert. So
874 schaffen wir saubere, lebenswerte Stadträume und entlasten gleichzeitig die bezirklichen
875 Grünflächenämter. Deren Gärtner*innen gewinnen wieder Zeit, um sich auf ihre eigentliche
876 Aufgabe zu konzentrieren: die Pflege von Pflanzen, Beeten und Wiesen – für ein grüneres und
877 schöneres Berlin.